

## **IHK warnt vor Pförtnerampeln**

Die Industrie- und Handelskammer fordert einen weiteren Ausbau des Verkehrsangebots in Frankfurt und Region. Eine Beschränkung des Autoverkehrs, etwa durch Pförtnerampeln, hält sie sogar für gefährlich.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (IHK) stellt sich klar gegen eine Beschränkung des Autoverkehrs in Frankfurt. IHK-Präsident Ulrich Caspar warnte am Dienstag etwa vor Pförtnerampeln an den Einfahrtsstraßen, auf deren Einrichtung Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) drängt – die aber selbst die Frankfurter CDU inzwischen als Möglichkeit sieht, um Fahrverbote zu vermeiden.

Frankfurt müsse für Menschen, die als Beschäftigte oder Kunden in die Stadt gelangen wollten, auch per Auto erreichbar bleiben, sagte Caspar. Scheuten mehr Menschen den Weg nach Frankfurt, könne das etwa zu Geschäftsaufgaben führen. Statt auf Pförtnerampeln zu setzen, sollte die Stadt Ampeln so schalten, dass Autofahrer eine grüne Welle bekämen. Der IHK-Präsident warb zudem für eine Umrüstung der städtischen Busflotte auf Elektroantrieb.

Caspar wandte sich gegen die Reduzierung von Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen und die Sperrung des Mainkais. „Wir brauchen mehr verkehrliche Angebote, nicht weniger“, sagte der frühere verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Radfahrer sollten durch Wohnstraßen fahren, nicht auf stark befahrenen Straßen, forderte Caspar. Wenn die Stadt die Sperrung des nördlichen Mainufers nicht zurücknehme, sollte sie wenigstens den samstäglichen Flohmarkt auf der anderen Flussseite in den gesperrten Bereich verlegen.

### **Staus schaden der Wirtschaft**

Dass Institutionen wie IHK, DGB und Handwerkskammer, aber auch Goethe-Uni und Verkehrsclub Deutschland in einem offenen Brief an den Magistrat einen strategischen Masterplan zur Verkehrsinfrastruktur und Mobilität in Frankfurt gefordert haben, zeigt für Caspar einen „breiten Dissens mit der Verkehrspolitik in Frankfurt“. Mit dieser setzte die Stadt die gute Erreichbarkeit, die ein wesentlicher Standortfaktor für Frankfurt sei, aufs Spiel, warnte er. Verkehr und Logistik seien die Basis für die Prosperität der Region. Wenn Bahnen überfüllt seien, Beschäftigte von Unternehmen und Lastwagen im Stau stünden, schade das der Wirtschaft.

IHK-Vizepräsident Frank Nagel, der als Verkehrsexperte der Frankfurter CDU auch kommunalpolitisch aktiv ist, forderte einen Ausbau des Schienennetzes – und machte sich dabei insbesondere für den Bau eines Fernbahntunnels, eines S-Bahn-Rings um Frankfurt, aber auch die Elektrifizierung der Taunusbahn stark. Er drängte zudem auf eine deutliche Erhöhung der Frankfurter Investitionen in die Sanierung von Industriestraßen.

In ihren Forderungen bestätigt sieht sich die Wirtschaftskammer von einer Befragung von 400 Mitgliedsunternehmen der Branchen Handel, Verkehr, Industrie, Bauwirtschaft und Entsorgung. In dieser äußern sich die Unternehmen deutlich kritischer zur Verkehrssituation in Frankfurt als noch vor fünf Jahren. So gibt etwa ein Drittel an, der Zustand des Schienennetzes beeinträchtige das Unternehmen. 2014 lag der Wert noch nur bei 21,5 Prozent. Fast die Hälfte der Unternehmen hält den Neu- und Ausbau der Schienenwege für wichtig oder sehr wichtig, 2014 war es gut ein Drittel.

Fast drei Viertel der Unternehmen sehen ihr Geschäft durch den Zustand der Straßen im IHK-Bezirk beeinträchtigt, zu dem der Hochtaunuskreis und der allergrößte Teil des Main-Taunus-Kreises gehören. 2014 kamen zwei Drittel der Befragten zu dieser Einschätzung. 65 Prozent der Befragten bewerteten den Zustand der kommunalen Straßen als eher schlecht, schlecht oder sehr schlecht. Es stiegen etwa die Klagen über Brücken- und Straßensperrungen.